



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
vor dem Bundesrat am 31. März 2023**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

es ist gut, dass sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, eine Kindergrundsicherung auf den Weg zu bringen – als einen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut, einen Beitrag zur Unterstützung von Familien und einen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit.

Die für ein reiches Land wie Deutschland so beschämenden Zahlen sind uns ja allen bekannt:


- Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf.
- Fast drei Millionen Kinder und 1,5 Millionen junge Erwachsene galten 2021 als armutsgefährdet.
- Und fast zwei Millionen Minderjährige bezogen im letzten Jahr Leistungen nach SGB II.

Das sind die bundesweiten Zahlen: Von Flensburg bis Garmisch, von Aachen bis Cottbus. Ich möchte aber, um deutlich zu machen, wie sehr uns das Thema drängt, auch einige Zahlen aus Bremen nennen:

- Die Armutsgefährdungsquote von Kindern beträgt 40 Prozent.
- Bei Familien mit mehr als zwei Kindern liegt sie sogar über 60 Prozent.
- Und gut 30 Prozent der Kinder in der Stadt Bremen beziehen Hilfen nach dem SGB II.

Mit diesen Zahlen steht Bremen nicht allein. In Städten wie Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Dortmund oder auch Wilhelmshaven ist es nicht anders.

Das zeigt: Kinder- und Jugendarmut ist ein strukturelles Problem. Ein Problem, dessen Schärfe in der Republik zudem sehr ungleich verteilt ist. Es trifft vor allem die Ballungsräume, die aufgrund von Strukturwandel und Arbeitslosigkeit ohnehin besondere Herausforderungen haben.

 Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
vor dem Bundesrat am 31. März 2023

Meine Damen und Herren,

Kinderarmut führt zu Segregation, Kinderarmut schränkt Teilhabe ein und reduziert Bildungschancen, Kinderarmut hat negative Auswirkungen auf den weiteren Lebensweg junger Menschen.

Das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Wir können es uns nicht leisten, große Teile unserer jungen Generation einfach zurückzulassen.


Deswegen ist es so dringlich nach der Einführung des Bürgergeldes nun mit der Einführung der Kindergrundsicherung unsere sozialen Unterstützungssysteme grundlegend neu aufzustellen.

Denn wir müssen uns ja eingestehen, dass die derzeitigen Regelungen zahlreiche Unzulänglichkeiten aufweisen. Sie sind zu bürokratisch, sie sind zu komplex, sie sind bisweilen nicht zielgenau. Sie sind so gestrickt, dass sie die Menschen häufig abschrecken Leistungen in Anspruch zu nehmen. Deshalb muss es bei einer Reform um mehr als um Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung gehen. Wer den Änderungsbedarf darauf reduziert, der blendet die wirkliche Dimension des Problems aus.

Das tut leider auch der Bundesfinanzminister, der im Februar die steigende Zahl der von Armut betroffenen Kinder vor allem mit der Zuwanderung begründete. Und im Weiteren in Frage stellte, ob man einer zugewanderten Familie „einfach mehr Geld“ bereitstellen oder nicht besser in Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration investieren sollte.

Ja, es ist richtig: Die Aufnahme ukrainischer Geflüchtete ins SGB II hat dazu geführt, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten deutlich gestiegen ist. Aber deshalb die existenziellen Unterstützungsleistungen für Familien einerseits und die Angebote der Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration andererseits gegeneinander zu stellen ist verfehlt und wird dem Problem nicht gerecht.

Meine Damen und Herren,

 Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
vor dem Bundesrat am 31. März 2023

für mich gibt es kein entweder oder: Wir müssen beides tun und zwar zugunsten aller Kinder.

Für Bremen kann ich sagen: Wir haben gehandelt wo wir können, durch den Ausbau der Kita-Betreuung gerade auch in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen, durch das Angebot des kostenlosen Mittagessens für Kinder aus bedürftigen Familien und durch soziale Angebote im Quartier.

Aber all diese Maßnahmen bleiben ohne eine grundlegende Reform der Unterstützungsleistungen für Kinder und ihre Familien nur Stückwerk. Sie gehen mit den Folgen der Armut um, ohne die Ursache, nämlich die Einkommensarmut der Familien, anzugehen.

Und ja, eine grundlegende Reform wird Bund und Länder etwas kosten. Eine wirksame Kindergrundsicherung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Aber es ist allerhöchste Zeit, den Worten und Vereinbarungen nun endlich Taten folgen zu lassen.

Es ist jetzt an der Zeit, die Kinderarmut entschieden und entschlossen zu bekämpfen – genauso wie wir die Krisen in den vergangenen Jahren entschieden und entschlossen bekämpft haben.

Das Bundesfamilienministerium hat hierzu einen Aufschlag gemacht. Eine Zustimmung des Bundesrates zum Entschließungsantrag des Saarlandes, dem Bremen aus voller Überzeugung beitrifft, würde signalisieren: Die Länder sehen die Arbeit an dem Konzept nicht nur als dringlich an, sondern werden sich konstruktiv in die Diskussion einbringen. Aus diesem Grund bitte ich alle, die der Entschließung bislang skeptisch gegenüberstehen, sich einen Ruck zu geben. Ein positives Votum wäre ein starkes Zeichen für die Zukunft unserer Kinder.

Herzlichen Dank!